

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 157

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Freitag, den 7. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Restameteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Bezahlung 3.— M.

22. Jahrgang

Der Schutz der Republik.

Volle Einmütigkeit der Reichsregierung.

Hallamtlich wird erklärt: Der Reichspräsident hat mit dem Reichslanzler eingehend die politische Lage besprochen. In Bezug auf die in der Politik bestehenden Richtlinien herrscht völlige Übereinstimmung. Mit dem Reichslanzler ist der Reichspräsident der Meinung, daß das Gesetz zum Schutze der Republik eine dringende Staatsnotwendigkeit und seine Verabschiedung im Reichstag unbedingt erforderlich sei. Das Gesetz zum Schutze der Republik, das vom Reichsrat angenommen wurde, ist Dienstag dem Reichstag zur Beschlußfassung zugegangen.

Bayern und das Schutzgesetz.

Der in München versammelte gewesene Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei wandte sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, gegen die Politisierung der Rechtsprechung durch den Staatsgerichtshof und gegen die unerträglichen Eingriffe in die Justiz und in die Polizeiherrschaft der Länder. Es wird erklärt, daß der Kampf gegen diesen Gesetzentwurf ein Kampf für die Verfassung und den Bestand des Reiches sei. Der Landesausschuß spricht der Regierung das volle Vertrauen aus, ersucht alle Parteifreunde in Stadt und Land sich einmütig in dieser Frage hinter die Staatsregierung zu stellen, und sich in geschlossener Front für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen.

Die in Nürnberg abgehaltene Tagung des Landesausschusses Bayern der Deutsch-Demokratischen Partei brachte u. a. ein Referat des Reichstagsabgeordneten und Handelsministers Hamann, in dem dieser erklärte, es sei nicht zu leugnen, daß bei der Verordnung des Reichspräsidenten eine bedenkliche Verletzung des Rechtes vorliege. Der Staat könne nur geschützt werden in der Zusammenfassung aller Bürger in der gegenwärtigen Staatsform. Mit aller Kraft müsse man danach trachten, die Republik in den Herzen des Volkes lebendig werden zu lassen, aber nicht als Republik im Sinne der Linkstotalen. Gegen die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes würden zweifellos auch von anderen Ländern Bedenken erhoben werden. Die Aussprache brachte eine Übereinstimmung dahin, daß die Republik und die Verfassung gegen alle gewalttätigen Ausdehnungen geschützt werden müsse, daß die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik notwendig war und auch für Bayern notwendig sei, daß sie aber in mehreren Punkten einer Reform und Verbesserung bedürfe. Gegen Gewalt von rechts und links, die sich gegen die Verfassung wende, müsse die Staatsform mit gleicher Schärfe und Unparteilichkeit geschützt werden.

Die Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen.

Wie die zuständige Stelle in Berlin mitteilt, wird, wer unmittelbar nach Inkrafttreten der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten die Teilnahme an einer geheimen Organisation, die verboten ist, ausdrücklich aufgibt, nicht bestraft werden können. Die Strafbarkeit aus dem allgemeinen Strafgesetzbuch bleibt bestehen.

Kommunistische Forderungen im sächsischen Landtag.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die sich gegen nationale Vereine und Persönlichkeiten richten. U. a. wird die Reichsregierung ersucht, bei der Reichsregierung die Inhaftierung prominenter politischer Persönlichkeiten zu veranlassen. Weiter wird die Aufhebung und das Verbot sämtlicher nationalen Vereine, sowie die Amtsenthebung aller Staatsanwälte und Richter, die in Prozessen die Interessen der Republik nicht genügend vertreten und gegenrevolutionäre Bestrebungen durch Urteilsprüche unterstützt haben, gefordert. Ein weiterer Antrag fordert von der Regierung, die Einsetzung der Technischen Nothilfe im Gebiet des Freistaates Sachsen zu verbieten und bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, die Technische Nothilfe im ganzen Reich aufzuheben und zu verbieten.

Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes.

Nach nichtamtlichen Mitteilungen zerfällt der vom Reichsrat angenommene Gesetzentwurf zum Schutze der Republik in fünf Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt die strafrechtlichen Tatbestände, die den Inhalt des Gesetzes bilden. Weitere Abschnitte regeln die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Pressefreiheit und die Maßnahmen gegen Mitglieder der ehemals landesherrlichen Familien. Wenn Angehörige dieser Familien wegen einer nach diesem Gesetz strafbaren Handlung verurteilt sind, können sie aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Solche Mitglieder derer Familien, die bereits außerhalb des Reichsgebietes wohnen, können nur mit Genehmigung der Reichsregierung zurückkehren. Die Zuständigkeit des vorgeesehenen Staatsgerichtshofes gilt unbedingt für alle Verbrechen oder Vergehen gegen das Reich und gegen Mitglieder der jetzigen oder früheren republikanischen Reichsregierungen. Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesregierung können von den ordentlichen Gerichten der betreffenden Länder abgeurteilt werden. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist auf 5 Jahre festgesetzt (mit 40 zu 26 Stimmen vom Reichsrat beschlossen). Der Ausschuß des Reichsrates hatte zweijährige Dauer beantragt. Ueber die sonstigen Vorgänge im Reichsrat wird berichtet, daß bayerische Anträge, wonach die Abschnitte über

die Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit aus dem Gesetz herausgenommen und durch eine Verordnung geregelt und die Bestimmungen gegen Mitglieder ehemals landesherrlicher Familien überhaupt gestrichen werden sollen, mit mehr als Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurden.

Politische Übersicht.

Anschlag auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus.

Auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus ist ein Anschlag verübt worden. Unbekannte Täter haben gegen das Gebäude eine Bombe geworfen, durch deren Explosion ein großer Sachschaden angerichtet wurde. Zwei Personen sind dabei getötet worden.

Waffenfunde im Vogtlande.

Badende Kinder fanden in einem Teiche bei Markneukirchen einen geschnittenen Totenkopf. Als sie der Sache nachgingen, stießen sie auf eine Kiste mit einer Anzahl Armeerevolvern und 1400 Patronen. Anscheinend sind die Waffen erst in letzter Zeit an die Stelle gebracht worden.

Das Garantiekomitee in Berlin.

Das Garantiekomitee hat, wie von zuständiger Stelle verlautet, nunmehr vier Ausschüsse gebildet: Der erste Ausschuß beschäftigt sich mit den Reichseinnahmen. In ihm fungiert als Vorsitzender ein Engländer, neben ihm ein Franzose und ein Amerikaner. Der zweite Ausschuß hat die Kontrolle über die Reichsausgaben. In ihm hat Belgien den Vorsitz. Der dritte Ausschuß ist derjenige, der die Kapitalflucht aus Deutschland und die Rückführung des bereits geflüchteten Kapitals behandelt. In ihm führt den Vorsitz der Präsident des Garantiekomitees, der Franzose Monclair. Im vierten Ausschuß, der sich mit statistischen Arbeiten beschäftigt, führt wiederum ein Franzose den Vorsitz. Bis jetzt sind die Verhandlungen auf absolut loyaler Basis abgewickelt.

Um die Entwaffnung Deutschlands.

Im englischen Unterhaus stellte ein Mitglied die Anfrage, ob Deutschland den Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich der Entwaffnung nachgekommen sei. Kriegsminister Evans erwiderte, daß dies geschehen sei, Deutschland sei, was das Kriegsmaterial angeht, jetzt entwaffnet.

Englische Anfragen über Deutschland.

Im englischen Unterhaus fragte Kenworthy, ob Poincaré, bevor er London verließ, eine Note an die britische Regierung namens der französischen Regierung unterzeichnet habe, in der er erklärt, daß der Friedensvertrag Frankreich das Recht gebe, im Falle der Nichterfüllung der Verpflichtungen seitens Deutschlands alle Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die Frankreich gegen Deutschland anzuwenden hat, ferner, ob die brit. Regierung diese Note beantwortet habe, wenn ja, was und welches die Haltung der britischen Regierung zu dieser Forderung sei. — Lloyd George erklärte: Ueber diesen Gegenstand ist ein Schriftwechsel zwischen den beiden Regierungen ausgetauscht worden. Ich bin vollkommen bereit, die wichtigen Papiere zu veröffentlichen, sobald die Zustimmung der französischen Regierung dazu erreicht ist. Im Verlauf der Unterredung, die ich in London am 19. Juni mit Poincaré hatte, hat dieser die Hoffnung ausgesprochen, daß, wenn weitere „Sanktionen“ angewandt werden müßten, dies gemeinschaftlich geschehen werde. Wenn er fragte, ob dem britischen Vorkämpfer in Berlin, Lord d'Abernon irgendeine Anweisung gegeben worden sei hinsichtlich der Haltung, die er einnehmen wolle, falls in Deutschland ein Aufruf von der Art des Rapp-Portsches ausbrechen sollte, der dem Fortbestand der deutschen Republik wahrscheinlich vererblich sein würde. — Lloyd George antwortete: Wegwood darf versichert sein, daß der britische Vorkämpfer in Berlin in enger Fühlungnahme mit dem britischen Auswärtigen Amt über alle die britische Regierung interessierenden Fragen steht. Wenn die reaktionäre Bewegung, die den vertraglichen Pflichten Deutschlands feindlich gesinnt ist, etwa Erfolge haben sollte, so würde dadurch zweifellos eine ernste internationale Lage entstehen; die Alliierten könnten gegen ein solches Ereignis nicht gleichgültig sein.

Curzon tritt nicht zurück.

Das englische Auswärtige Amt hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach die Meldungen unrichtig sind, daß Lord Curzon von seinem Amte zurückzutreten gedenke. Lord Curzon werde nach London zurückkehren, da sich sein Gesundheitszustand vollkommen gebessert hat.

Rückberufung Bonar Laws in die Regierung?

Der „Daily Mail“ zufolge wünscht Lloyd George, daß Bonar Law ehestens ins Kabinett eintrete. Sobald ein Rücktritt erfolge, solle Bonar Law den freierwerbenden Sitz bekommen, denn Lloyd George meine, daß in dem Augenblick, wo Bonar Law dem Kabinett angehört, er nicht mehr gefährlich wäre.

Deutscher Reichstag.

Während der Demonstration der sozialistischen Parteien beriet der Reichstag am Dienstag eine Reihe kleiner Vorlagen aller Art. Die Bänke der Sozialisten wiesen allerdings große Lücken auf. Der Reichslanzler und Arbeitsminister Brauns waren zur Stelle. Der Präsident teilte mit, daß das Gesetz über den Schutz der Republik sowie die verschärfte Ergänzungsvorordnung des Reichspräsidenten und das Amnestiegesetz eingegangen sind. Wie immer am Dienstag erledigte man zunächst kleine Anfragen. Wieder wurde ein Protest laut gegen die Ermordung eines deutschen Mädchens durch schwarze Besatzungstruppen in Idstein. Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo wird unbeanstandet angenommen. Er war das letzte Wort Rathenaus. Gegen einige deutschnationale Stimmen gelangt er zur Annahme, nachdem die Kommunisten noch ein weitergehendes Einvernehmen mit Sowjetrußland befürworteten. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes fort und billigte hier die Vorschläge des Ausschusses. Danach werden die öffentlichen Arbeitsnachweise von den Gemeinden errichtet. Jedem Nachweis ist ein paritätischer

Verwaltungsausschuß beigegeben. Auch die Mitarbeit der Frauen ist ausdrücklich festgelegt. Das Gesetz wurde ohne wesentliche Änderungen in zweiter Lesung verabschiedet. Man erledigte noch eine Reihe von kleinen Vorlagen, so einen Antrag auf Regelung der Besoldungsverhältnisse des ehemaligen militärischen Fachpersonals in der Marine, ferner Anträge des Bildungsausschusses, die eine Dentschrift

über das Privatschulwesen und Beihilfe an die Länder zur Gewährung von unentgeltlichen Lernmitteln an Unbemittelte und kinderreiche Familien verlangen. Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 18 der Reichsverfassung wurde in dritter Lesung verabschiedet, die Gesamtabstimmung wegen der schlechten Besetzung des Hauses vertagt. Am Mittwoch stehen das Gesetz zum Schutze der Republik und die Amnestievorlage auf der Tagesordnung, dazu ein halbes Duzend Interpellationen zum gleichen Gegenstand.

Die Zwangsanleihe im Steuerauschuß.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde zum Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe beschlossen, daß die Einnahmen aus der Zwangsanleihe bis zum 21. Dezember 1923 festzustellen seien. Uebersteigen dann die Einnahmen aus der Zwangsanleihe den Betrag von 60 Milliarden Mark um mehr als 5 Prozent, so ist der 60 Milliarden Mark übersteigende Betrag den Zeichnungspflichtigen mit der Maßnahme zurückzuführen, daß der zurückzuführende Betrag zunächst den Zeichnungspflichtigen, deren Vermögen 1500 000 Mark nicht übersteigt, bis zur Hälfte der Zwangsanleihe und dann ein noch verbleibender Betrag den übrigen Zeichnungspflichtigen gegen Verschreiben eines entsprechenden Betrages in Schuldverschreibungen zurückgewährt wird. Bleibt aber die Einnahme aus der Zeichnungsanleihe um mindestens 5 Prozent hinter dem Betrag von 60 Milliarden M. zurück, so ist der an 60 Milliarden M. noch fehlende Betrag durch Zuschläge nachzuzeichnen. Bei Vermögen, die 500 000 Mark nicht übersteigen, ist der nachzuzeichnende Betrag niedriger zu bemessen als bei Vermögen, die 1500 000 M. übersteigen. Angenommen wurde ferner der Tarif der Regierungsvorlage für die Zwangsanleihe, danach ist von natürlichen Personen auf die Zwangsanleihe zu zeichnen von den ersten 100 000 M. des Vermögens 1 Proz., von den nächsten 150 000 M. 2 Proz., von den nächsten 250 000 M. 4 Proz., von den nächsten 250 000 M. 8 Proz., und von den weiteren Beträgen 10 Prozent des Vermögens. Von den übrigen Zeichnungspflichtigen juristischen Personen usw. ist auf die Zeichnungsanleihe die Hälfte der oben vorgeschriebenen Sätze zu zeichnen.

Der Landtag über die Grundsteuer.

Der Finanzminister über die Notlage der Gemeinden.

Im preuß. Landtag wurde Dienstag die 2. Beratung des Haushalts der allgem. Finanzverwaltung fortgesetzt. Abg. Rhiel-Fulda (Str.) hält die Forderung, daß die Grundsteuer ausschließlich Preußen zukommen soll, für vollkommen unmöglich. Was sollte ohne die Grundsteuer aus den Gemeinden wergen? Abg. von Eyern (D. Vp.) hält es für nötig, daß Preußen alle Steuerquellen, die sich bieten, im öffentlichen Interesse erschöpft. Auch wir, fährt er fort, sind für eine Verstaatlichung der Grundsteuer, aber darüber dürfen die Gemeinden nicht zugrunde gehen, die heute schon in der größten Not stehen und bald die ihnen von Reichswegen obliegenden Leistungen nicht mehr erfüllen können. Abg. Meyer (Unabh.) verlangt als Vorbedingung für die Verringerung der Finanzen den Einheitsstaat und die Erfassung der Sachwerte. Finanzminister Dr. von Richter: Ueber die Grundsteuer müßte man zunächst im Hauptausschuß zu einer Klärung gelangen. Es ist notwendig, daß Länder und Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer erheben können, deren Höhe sie nach ihrem Bedarf selbst bestimmen. Es liegen aber außerpolitische Schwierigkeiten vor. Wenn diese nicht zu umgehen sind, weiß ich nicht, wie eine weitere Verschlechterung der Finanzen und schließlich der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden verhindert werden soll. Nachdem noch der Kommunist Kah den Finanzminister wegen seiner politischen Tätigkeit angegriffen hatte, ist der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung bis auf die Abstimmungen erledigt. Ohne Aussprache wird der Entwurf über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922 erledigt. Eine Reihe von Entschließungen des Staatsrates wird zur Kenntnis genommen. Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung in der Ostmark. Die Abstimmungen finden am Mittwoch statt.

Die Verhaftung des zweiten Rathenau-mörders bestätigt.

Von zuständiger Berliner Stelle wird die Verhaftung eines zweiten Rathenau-mörders bestätigt. Nähere Mitteilungen über die Persönlichkeit des Verhafteten können noch nicht gemacht werden. Doch trifft es zu, daß der Verhaftete dem Verband nationalsozialistischer Soldaten angehört.

Nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung Alenstein wurde auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ein junger Mann unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Rathenaus festgenommen. Wie das „Altensteiner Volksblatt“ erfährt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens von Oppen, der jedoch weder in verwandtschaftlichen noch irgendwelchen anderen Beziehungen zu dem Regierungspräsidenten von Oppen steht.

Das Attentat auf Harden.

Die Verletzungen, die der überfallene Schriftsteller Maximilian Harden erlitten hat, scheinen doch ernsterer Natur zu sein. Harden wurde nach der Klinik des bekannten Berliner Chirurgen Prof. Geheimrat Borchardt überführt. Wie die Telegraphen-Union auf Anfrage erfährt, verläuft der Sei-

ungsprozess normal, da sich Wundfieber nicht eingestellt hat. — Eine amtliche Meldung besagt: „Die von der Berliner politischen Polizei sofort nach dem Ueberfall auf Maximilian Harden angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Anschlag zwei Personen mitwirkten. Von den Tätern wurde einer ergriffen, dem anderen ist die Berliner Polizei auf der Spur. Die Täter entstammen ähnlichen Kreisen wie die Mörder Rathenau. Der bereits Festgenommene ist Mitglied des vom preussischen Minister des Innern jüngst aufgelösten Verbandes national gesinnter Soldaten. Bei der Tat trug er als Krawattennadel ein Hakenkreuz.“ — Der Festgenommene heißt Weichardt.

Der Anschlag auf Harden aufgeföhrt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, haben die eingehenden Ermittlungen der Behörden bereits zu einer Aufklärung des Anschlages auf Harden geführt. Den Anschlag haben der Landwirtschafstselede Herbert Weichardt und der Oberleutnant a. D. Walter Adermann, geboren 20. 4. 98, ausgeführt. Der Festgenommene hat mit einem Totschlagger auf den Kopf Hardens geschlagen, während Weichardt aufpakte, um Adermann vor Ueberraschungen zu schützen. Es ist bereits erwiesen, daß beide Täter den Anschlag nicht aus eigenem Entschluß ausgeführt haben, sondern daß sie zu dem Attentat von einer hinter ihnen stehenden Geheimorganisation bestimmt worden sind. Adermann hält sich nach den bisherigen Feststellungen sicher noch in Berlin auf. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Die ersten gemeindlichen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz im Ruhrkohlenbezirk.

Obwohl das Reichsmietengesetz bereits seit dem 1. ds. Mts. in Kraft getreten ist, haben die gemeindlichen Ausführungsbestimmungen bisher noch in keiner einzigen größeren Stadt des Ruhrkohlenbezirks erlassen werden können. Es kommt dies bekanntlich daher, daß sich der Staat mit der Herausgabe seiner Ausführungsbestimmungen, die die Gemeinden den ihrigen zu Grunde legen müssen, so sehr verspätet hatte. Dazu kommt, daß die gemeindlichen Bestimmungen erst nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedürfen.

Als erste größere Stadt des Ruhrkohlenbezirks hat Duisburg seine Ausführungsbestimmungen dem Verbandspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt, die auch erteilt worden ist. Die Duisburger Bestimmungen können insofern als typisch gelten, als sie im Benehmen der Städte- und Gemeinden und besonders der Großstädte unter einander aufgestellt worden sind. Sie sehen vor:

17 Prozent (zur sog. Grundmiete des Jahres 1914) für die Steigerung der Zinsen der Vorkriegsbelastung des Grundstücks und für die Steigerung der Kosten dieser Belastung.

60 Prozent für Betriebskosten, die nicht auf die Mieter umgelegt werden.

150 Proz. Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten. Ferner sollen, nach einer Ann-Bestimmung des Gesetzes, Steuern und öffentliche Abgaben auf die Mieter umgelegt werden. Alle übrigen Bestimmungen entsprechen dem Reichsgesetz und den preussischen Ausführungsbestimmungen. Es ist bemerkenswert, daß die Bestimmungen in Duisburg durch einhelligen Beschluß der Mieter wie Vermieter gebilligt worden sind.

Die Umlegung der Steuern und öffentlichen Abgaben auf die Mieter hat die beachtenswerte kommunalpolitische Folge, daß diese die Vermieter und Mieter völlig gleichmäßig treffen und also als steuerliche Waffe im Klassentampf ausscheiden, was nur zu begrüßen ist.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 7. Juli 1922.

Der Dollar wurde gestern mit 459, — genannt, schwächte sich später auf 442, — ab.

— * Wie wird der 22 er? Die Reben stehen im allgemeinen recht gut, insbesondere unter der Wirkung der warmen Maitage. Anfang Juni wurde der Stand im Rheingau mit gut, an der Mosel, Saar, Ruwer und Aar mit gut bis sehr gut bewertet. Neue Pflanzungen sind vielfach in Rheinhessen gemacht worden.

— * Steigerung der Baukosten um das 81 fache. Die Baukosten stellten sich nach einer Berechnung des Statistischen Reichamts im April im Durchschnitt auf den 55,7fachen Betrag des Friedensstandes. Daß das Ende noch nicht erreicht ist, zeigt, daß die Baukosten vom 4. April bis zum Mai weiter in die Preise von 61,7 auf 81,2 gestiegen sind, im Verhältnis zu 1 im Frieden. Im Januar 1921 hatten die Baukosten im Durchschnitt nur 11,8 der Friedenspreise betragen im Januar 1922 30,3. Damals war es also noch einigermaßen möglich, zu bauen.

— * Halver, 7. Juli. Das Jahresfest des der freien evangelischen Gemeinde Halver angeschlossenen Männer- und Jünglingsvereins findet, wie bereits durch Inserat angekündigt, am Sonntag, den 9. Juli, statt. Die Feier wird im Versammlungsraum der christlichen Gemeinschaft, Berliner Straße 27a, abgehalten und nachmittags 3⁰⁰ beginnen. Abwechselnd werden Ansprachen, Chorgesänge, Deklamationen und Vorträge die Stunden der Erbauung ausfüllen.

— * Schölsmühle, 6. Juli. Die Hauptkonferenz des Sauerländischen Gemeinschaftsverbandes findet am Sonntag, den 9. Juli, in Lüdenscheid, Vereinshaus Immanuel statt. Um 10 Uhr ist Bruderratssitzung. Um

2 Uhr die eigentliche Konferenz. Eröffnung durch den Vorsitzenden Rektoratschullehrer Twittenhoff, Werdohl. Dann Vortrag durch Pastor Tegtmeyer aus Bethel: „Christus in uns, die Hoffnung unserer Herrlichkeit“ (Kol. 2, 7). Eine Abendmahlsfeier macht den Schluß. Eine kurze Kaffeepause wird eingeschoben. Zahlreiche Beteiligung ist sehr erwünscht.

— * Brederfeld, 6. Juli. Eine teure Waldreinigung vollzog der Holzhändler W. K. Er hatte ein Stück Wald zum Abholzen angekauft und dabei Säuberung und ordnungsmäßige Instandsetzung des Rodestüdes zugesagt. Nachdem der Holzausschlag durchgeführt war, machte sich K. die Sache leicht, indem er das Stück anzündete. Die zurückgebliebene, glühende Asche verursachte einen großen Waldbrand, der einen Schaden von 40000 Mk. verursachte. K. hatte sich jetzt wegen fahrlässiger Brandstiftung vor dem Schöffengericht in Hagen zu verantworten. Mit Rücksicht darauf, daß ihm selbst für 5000 Mark Holz verbrannt ist, er die Feuerwehr für ihre Dienstleistung gut entschädigt und den geschädigten Waldbesitzern ihren Sachschaden ersetzt hat, erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 1000 Mark.

— * Münster, 5. Juli. Durch Verfügung des Landesfinanzamts Münster ist das Stempelsteueramt Münster mit Wirkung vom 1. Juli 1922 aufgelöst und die Stempelsteuerverwaltung auf die Finanzämter des Landesfinanzamtsbezirks Münster übergeleitet worden. Gleichzeitig gehen von diesem Zeitpunkt die bisher bei den Zollstellen verwaltete Versicherungssteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Beförderungsteuer auf die Finanzämter über.

Aleine Nachrichten.

— * Hamburg, 6. Juli. Der Flugzeugführer Lothar von Richtigshofen, stürzte mit seinem Flugzeug ab und erlitt tödliche Verletzungen. Seine beiden Begleiter, unter ihnen die bekannte Filmstellerin Fern Andre wurden erheblich verletzt.

— * Beuthen, 6. Juli. Der Tag der Befreiung Beuthens und des Wiedereinzuges der deutschen Truppen in die Stadt wurde von der Bevölkerung in festlicher Weise gefeiert. Auf dem Ring und vor dem Rathause hatten die städtischen Körperschaften, die Schützengilde, die vereinigten Beuthener Gesangsvereine usw. Aufstellung genommen. Oberbürgermeister Dr. Steffen begrüßte die Truppen in einer längeren Rede, die von den nach vielen tausenden zählenden Zuschauern mit stürmischem Jubel begleitet wurde.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Berein Kriegsbesch. u. Kriegshinterbliebene Ortsgruppe Halver.

Am Montag, den 10. Juli 1922, abends 8 Uhr im Lokale des Kameraden Karl Schneider jr. (Posthaus)

Vortrag

des Kameraden Eugen Arends, Bochum, Landessekretär vom Central-Verband deutscher Kriegsbesch. und Kriegshinterbl., Sitz Berlin

Alle Kameradinnen und Kameraden, auch die der Ortsgruppe noch Fernstehende, sind herzlich eingeladen

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Halver.

Sonntag, den 9. Juli, morgens 6^{1/2} Uhr

Übung

Das Kommando.

M.-G.-B. „Fentonia“, Eyringhausen.

Gründungsversammlung

am 8. Juli, abends 8 Uhr b-i Witte

Alle Freunde des Vereins sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Gutes

Wiesenheu, 10000 Pfund.

auch in Partien zu kaufen gesucht

Differenz unter 1450 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz., Halver, erbeten

Thomasmehl, Raitit, Kali 43^{0/10}, Knochenmehl empfiehlt

Otto Ohler, Dhl-Rönsahl.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Wegen Raumangel 1 fast neuer Küchenschrank zu verkaufen.

Anfragen unter M. D. 2997 an die Geschäftsstelle des Schalken Gen.-Anz., Schalksmühle.

Betten Bettfedern Bettbarchent alles einzeln oder komplett, billig zu haben im

Bettenhaus Voß, Hagen, Gartenstr. 11. Straßenbahnhaltestelle Markt

Mehrere hundert Liter Milch für täglich zu kaufen gesucht. Kautio wird gestellt. Angebote an

Gust. Halverscheidt, Pennep, Bornestraße 47.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

la. Schwämme empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

In dankbarer Freude zeigen wir die Geburt unseres

Jungen

an.

Dr. med. Fritz Kauert u. Frau Lolte geb. Lüfsebrink.

Halver, den 5. Juli 1922.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Heimgange unseres lieben Vaters sprechen wir allen den

innigsten Dank

aus.

Geschwister Vormann.

Halver, den 6. Juli 1922.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus am Grabe unsern

herzlichsten Dank.

Familie Werthmann.

Ahe, den 5. Juli 1922.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 5. September 1922, vormittags 10^{1/4} Uhr

an der Gerichtsstelle, versteigert werden die im Grundbuche von Meinerzhagen Band 5 Blatt Nr. 47 eingetragener Eigentümer am 20. Juni 1922, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Landwirt August Schröder zu Wiebelsaat eingetragenen Grundstücke Gemarkung Meinerzhagen Kartenblatt 6 Parzelle Nr. 41/1, 41/2, 84/2, 36, 37, 55, 893/54, 224, 239, 472/123, 527/121, 526/38, 530/38, 597/121, etc., 394/54, 165, 166, Flur 5 Parzelle Nr. 177, Grundsteuermutterrolle Art. 572, Gebäudesteuermutterrolle Nr. 247.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter Ruth mit Herrn Arthur Holthaus zeige ich an.

Frau Paul Quincke

Berlin geb. Donneweg.

Allena, im Juli 1922. (Westfalen)

Meine Verlobung mit Fräulein Ruth Quincke gebe ich bekannt.

Arthur Holthaus.

Carthausen, im Juli 1922. (Westfalen)



Quartett-Berein „Sangeslust“, Schwenke.

(Chorleiter: Herr Bruno Vokemann, Hahnberg.)

Samstag, den 8. Juli 1922, abends 7^{1/2} Uhr

im Vereinslokal Carl Goes, Schwenke

:: Konzert. ::

Mitwirkende:

Opernsängerin Frä. Trude O'Brien, Mezzo Sopran München, Opernsänger Herr Walter Hageböcker, Tenor Düsseldorf, Herr Otto Grub, Pianist Radevormwald.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.



Männer-Gesang-Berein Rotthausen

feiert am Sonntag, den 9. Juli sein

Sommerfest (Picknick)

mit nachfolgendem Ball

im Lokale des Herrn Hugo Huffer, Rotthausen.

(Große Kinderbelustigung).

Unsere passiven Mitglieder sind hierzu herzlich eingeladen.

Wir suchen für dauernde lohnende Beschäftigung

mehrere Wessenschmiede,

ferner für unsere Feuer- verzinkung einen zuverlässigen, älteren

Arbeiter.

Dresbach & Co., Halver.

Wir suchen

Fallhammer- schmiede

für leichte Hämmer

für dauernde Stellung.

Märkisches Werk, Haus-Heide.

Jugendl. Arbeiter

und Arbeiterinnen für lohnende saubere Akkordarbeit gesucht.

Gebrüder Berker, Schalksmühle.

Für diese Woche empfehle:

leicht gefr.

Rindfleisch,

allerbeste Ware. Außer- dem auch

frischgeschlacht. tes Fleisch.

Walter Schneider, Schalksmühle.

— Telefon 238. —